

## Studiengebühren sind sozial ungerecht... ...weil sie alle Studierenden davon abhalten sollen, an sozial gerechten Verhältnissen zu arbeiten.

*"Auch wenn es Ihnen heute als Studierenden nicht so bewusst sein mag - Sie werden als Akademikerinnen und Akademiker zu einer privilegierten Gruppe gehören mit dem geringsten Arbeitslosigkeitsrisiko und gleichzeitig der höchsten Einkommenschance. Deshalb halte ich es für gerechtfertigt, dass sich diejenigen, die erhebliche individuelle Vorteile aus ihrer Ausbildung ziehen, an den Kosten dieser Ausbildung beteiligen. Das ist aus meiner Sicht auch eine Frage der Solidarität mit anderen Bevölkerungsgruppen in unserem Land, denen eine weitergehende Beteiligung an zusätzlichen Ausgaben für die Hochschulen kaum zugemutet und vermittelt werden kann."*

Jörg Dräger, Aktuelle Informationen zur Studienfinanzierung, 05.12.2005.

Hört, hört: Es gibt verschiedene "Bevölkerungsgruppen" in unserem Land, darunter privilegierte und weniger privilegierte. Es gibt eine hohe Erwerbslosigkeit und unterschiedlich hohe Einkommenschancen. Das Steueraufkommen und damit die Beteiligung an Ausgaben für staatliche Aufgaben (wozu auch die Hochschulen gehören) wird im wesentlichen von jenen erbracht, die für meist viel zu wenig Lohn arbeiten müssen; ein Mehr an Belastung wäre ihnen (zu Recht!) kaum vermittelbar. Man muß ergänzen: Reichtum auf der einen Seite und deshalb Armut auf der anderen wachsen stetig, die gesellschaftlichen Widersprüche werden weltweit immer mehr zugespitzt. Die privaten Vermögen einiger weniger steigen, während die öffentlichen Haushalte schrumpfen und Kapitalgesellschaften und Großverdiener massive Steuererleichterungen erhalten oder gar keine Steuern zahlen. Die privilegierte gesellschaftliche Gruppe, das sind vor allem jene wenigen Großunternehmer.

Das zu erkennen, hätte nicht der Ausführungen des Senators bedurft - dafür waren sie auch nicht gedacht. Wohl aber braucht es Studiengebühren, um zu behindern, daß daraus kritische Schlußfolgerungen gezogen werden, die dem Kapital unangenehm wären, weshalb beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Handelskammer Hamburg sich so vehement für Studiengebühren einsetzen. Richtiger-

weise ist es nämlich Aufgabe von gesellschaftlich verantwortungsvoller Wissenschaft, solche "Tatsachen" zu hinterfragen, Ursachen und Verursacher zu benennen, Lösungen der gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln und so an der Überwindung dieser Verhältnisse zu arbeiten. Studiengebühren sollen Studierende genau davon abhalten und stattdessen darauf abrichten, gemäß ihrer besten Verwertbarkeit am Markt zu studieren. Darin liegt die soziale Ungerechtigkeit von Studiengebühren, und zwar für alle, ob Anwaltstochter oder Bäckersohn.

Die "erheblichen individuellen Vorteile" derer, die eine universitäre "Ausbildung" durchlaufen haben, sind nur scheinbare, weil sie permanent konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen sind und man allerorts daran gehindert wird, eine menschlich-sinnvolle Tätigkeit auszuüben. Den entscheidenden Vorteil qualifizierter aber marktkonformer Ausbildung haben vor allem die Unternehmer, die so teils staatlich, teils von den Individuen privat finanziert, prima verwertbares "Humankapital" erhalten.

Zur Durchsetzung von Studiengebühren wird jedoch das Argument mobilisiert, es sei unsolidarisch, "auf Kosten anderer Bevölkerungsgruppen" zu studieren. Wir kennen es bereits von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und anderen Akteuren, die die Gleichheit in der Ungleichheit als Lösung der gesellschaftlichen Krise propagieren, d.h.

wenn Kindergartenplätze Gebühren kosten, sollen gefälligst auch die Studierenden zahlen. Wenn das Kind eines Kfz-Mechanikers kaum Aussichten hat, ein Studium zu beginnen, solle die soziale Ungleichheit durch Studiengebühren auf ewig festgeschrieben werden. (Schließlich würde der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, Berufsstatus und wirtschaftlicher Lage der Eltern und den Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder durch allgemeine Studiengebühren noch dramatischere Qualität erlangen.) In dieser Logik werden unterschiedliche Gruppen früher oder später lohnabhängig Beschäftigter mit dem Hinweis auf vermeintliche Privilegien gegeneinander ausgespielt, um die eigentliche Absicht - Sozialstaatsabbau in allen Bereichen zugunsten wachsender Profite - zu verschleiern.

Es geht also um die Durchsetzung von Interessen: entweder die Profitinteressen des Kapitals oder das Interesse der Mehrheit der Menschen, eine soziale und demokratische Gesellschaftsentwicklung zu realisieren. Letzteres ist in der Auseinandersetzung um ein gebührenfreies Studium notwendig zur Geltung zu bringen. Bildung für alle ist ein dringendes gesellschaftliches Erfordernis und ist somit vorerst staatlich, d.h. durch Steuereinnahmen, zu gewährleisten. - Es gibt eine Bevölkerungsgruppe, der sehr wohl eine "weitergehende Beteiligung an zusätzlichen Ausgaben" auch für die Hochschulen zugemutet werden kann!

**Versammlung der Studierenden**  
Informationen und Diskussion zum Gebührenboykott  
**Montag, 23. Januar 2006, 16 Uhr**  
Hörsaal Phil C, Von-Melle-Park 6

**Treffen AG-Verwaltungsgebührenboykott:**  
**Dienstags, 20 Uhr, Phil-Turm, Raum 973**



# Der nächste Schritt: Gebührenboykott

## Das Was-ist-Was des Verwaltungsgebührenboykotts

Studiengebühren sind ein entscheidendes Mittel rechter Politik und somit auch des Hamburger Senats, die Hochschulen marktkonform zu trimmen und speziell die Studierenden vollständig zu einer Ware umzumodeln. Studium soll demnach als individuell käuflich zu erwerbendes Gut begriffen werden, vermittels dessen die angehenden Akademiker sich selbst "veredeln" sollen, damit sie sich anschließend als profitbringendes "Humankapital" auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können. Dies impliziert verstärkte soziale Selektion beim Bildungszugang, Entdemokratisierung der Institutionen, gesteigerte Oberflächlichkeit der Wissenschaftsinhalte und eine Dekultivierung des Miteinanders der Mitglieder im Hochschulalltag.

Der Kampf für die Gebührenfreiheit ist daher integraler Bestandteil des Engagements für die Perspektive einer kritischen, gesellschaftlich verantwortungsvollen Hochschule. Hier ist Wissenschaft die Möglichkeit der kollektiven Erarbeitung eines genaueren Verständnisses der Welt, also ihrer natürlichen, kulturellen sowie sozialen Zusammenhänge, mit dem Ziel der praktischen, solidarischen Verbesserung der Lebensbedingungen aller: Bildung als persönliche Entfaltung durch die Perspektive allgemeiner menschlicher Emanzipation.

### Warum gegen die Verwaltungsgebühren?

Die seit letztem Wintersemester erhobenen Verwaltungsgebühren sind Studiengebühren. Auch sie tragen dazu bei, die Bildungskosten zu privatisieren und Bildung zur Ware zu machen. Sie haben die spezielle Funktion, als Wegbereiter Akzeptanz für die allgemeinen Studiengebühren zu schaffen. Der solidarische Boykott der Verwaltungsgebühren ist ein klares Signal gegen diese Akzeptanz und eine aktuell notwendige Maßnahme gegen jedwede Gewöhnung an das Bezahlstudium. Er ist zugleich die konsequente Fortführung der Beschlüsse, Demonstrationen, Streiks und Proteste, der bisherigen Verwaltungsgebührenzahlung unter Vorbehalt sowie der erfolgreichen Urabstimmung für die Gebührenfreiheit und die adäquate Antwort auf die Zuspitzung des Wissenschaftssenators, trotz all dieses Widerspruchs allgemeine Gebühren gesetzlich verordnen zu wollen.

### Wie funktioniert der Boykott? Solidarität statt Kamikaze!

Der Boykott als politisches Kampfmittel beruht im wesentlichen auf der kollektiven Verweigerung der Zahlung der Verwaltungsgebühren. Das solidarische Handeln ist dabei entscheidend gegen die drohende Vereinzelung, jeder möge für sich mit der zusätzlichen finanziellen Belastung und der ideologischen Knute zum braven, zügigen und entfremdeten Studium fertig werden.

Die erforderliche Solidarität wird für den Verwaltungsgebührenboykott mit der Einrichtung eines Treuhandkontos ermöglicht. Alle Studierenden sind nun aufgefordert, den Verwaltungsgebührenanteil ihres Semesterbeitrags für das Sommersemester 2006 statt an die Universität auf dieses Treuhandkonto zu überweisen. Wird dabei eine 'kritische Masse' der Beteiligung erreicht, wird dem Senat praktisch unmöglich, einer so hohen Zahl von Studierenden die Rückmeldung zu verweigern. Diese relevante Anzahl halten wir bei einem Quorum eines aufgerundeten Drittels aller an der Universität Hamburg immatrikulierten Studierenden für sicher erreicht, das sind 13.000 Studierende. Damit haben wir uns zugleich die Herausforderung gesetzt, für den Boykott mindestens die Anzahl derer zu mobilisieren die in nur drei Tagen auch schon mit "Ja zur Gebührenfreiheit" bei der Urabstimmung im letzten Jahr votiert haben (12.497 Studierende).

Wird bis zum Stichtag (derzeit 27. März 2006), fünf Werktage vor Ende der Rückmeldefrist zum Sommersemester 2006, das Quorum erreicht, so wird der Boykott durchgeführt und der Senat zum Verzicht auf die Gebühren gezwungen. Die Gebühren werden nicht an die Uni überwiesen, sondern gehen zurück an die Beteiligten. Wird das Quorum nicht erreicht, werden die Gebühren zum Ende der Rückmeldefrist unter Angabe der Matrikelnummern an die Uni überwiesen und alle sind immatrikuliert. Wir haben also nichts zu verlieren!

Angestrebt ist, schon vor Ende der Vorlesungszeit das Quorum zu erreichen. Das begünstigt, unseren politischen Forderungen und Argumenten frühzeitig mit Vollversammlungen und anderen Aktivitäten in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

### Was ist das Risiko?

Den Teilnehmern des Boykotts die Rückmeldung zu verweigern, wird zwar eine Drohung sein, doch ist für die Stadt Hamburg der spontane Verlust eines Drittels ihrer Uni-Studierenden nicht tragbar, sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen. Allerdings wird der Senat auch mit der Zurückhaltung der Semesterunterlagen und des Semestertickets drohen, wovon wiederum von Krankenkasse und Arbeitsvertrag bis Bafög und Aufenthaltserlaubnis viele weitere wichtige Dinge abhängen. Doch auch hier gilt: 13.000 Studierende oder mehr sind eine gesellschaftliche Macht, die, wenn sie solidarisch auftreten, Lösungen durchsetzen werden. Zumal ein erfolgreicher Boykott erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit genießen wird. Schon jetzt haben wir uns mit der Universitätsverwaltung, dem Studierendenwerk und dem HVV in Verbindung gesetzt, mit dem Ziel, sehr zügig die Rückmeldung aller Beteiligten inklusive Rückmeldeunterlagen und dem ohnehin bezahlten Semesterticket ohne die Bezahlung der Verwaltungsgebühren durchzusetzen.

### Was muß ich tun?

Alle, die sich beteiligen, müssen also 50 Euro vom Semesterbeitrag (siehe Rückmeldeunterlagen) abziehen, um sie auf das Treuhandkonto zu überweisen. Der Restbetrag - und nur dieser - ist unbedingt an die Uni zu überweisen, um den Willen weiterzustudieren, dort zu dokumentieren. Weiter sind Name und Matrikelnummer auf der Überweisung erforderlich, für die Rückzahlung bzw. die mögliche Weiterleitung an die Uni. Für aktuelle Informationen über den Stand unseres Kampfes sollten sich darüber hinaus alle in den eMail-Verteiler auf der Homepage eintragen (s. u.).

Wer sich früh beteiligt, macht anderen Mut, dies auch zu tun. Der Verwaltungsgebührenboykott ist der nächste Schritt für den erfolgreichen Kampf gegen Studiengebühren. Für sein Gelingen ist jeder in der Verantwortung, mitzumachen, andere zu mobilisieren und den politischen Druck auf Träger und die Profiteure an der Zurichtung der Wissenschaft weiter zu entwickeln und auszubauen.